

danach die Maschinen wieder anzufahren, wurde die Kordel hinter der Reißstelle neu aufgelegt. So wurden einige Meter Kabel ohne Kordel isoliert und dadurch mehrere hundert Meter Kabel bei der Endprüfung für Ausschuß erklärt.

In dieser gemeinsamen Beratung wurde darauf hingewiesen, daß einigen Belegschaftsangehörigen noch nicht bewußt ist, welche Auswirkungen die kleinste Nachlässigkeit in der Bedienung der Maschinen hat und daß es vielen Kollegen an der erforderlichen Qualifikation fehlt. Es wurde festgelegt, alle Kollegen mit dem Brief des Zentralkomitees über die ökonomische Verwendung von Rohstoffen vertraut zu machen und darüber zu diskutieren, wie jeder Kollege zur Senkung des Ausschusses beitragen kann. Danach fanden in den einzelnen Meisterbereichen gut vorbereitete Aussprachen statt, in deren Ergebnis meßbare Verpflichtungen abgegeben wurden.

Die Genossen der Parteigruppe Draliererei setzten sich beispielsweise in den Frühstückspausen zusammen, um sich auf die Diskussion mit ihren Kollegen vorzubereiten. Sie verschafften sich eine genaue Übersicht, wieviel Kilogramm Rohstoffe, besonders Kupfer, unserer Volkswirtschaft in einem Monat verlorengehen, wenn die Abschaltungen der Maschinen nicht vorschriftsmäßig erfolgen. Unsere Genossen erkannten als eine der Ursachen für Abfallproduktion, daß sie ihre politische Massenarbeit noch nicht beharrlich genug leisteten. Sie hatten einem Teil unserer Kollegen noch nicht klargemacht, warum sie durch bessere Arbeit am sozialistischen Aufbau helfen und dadurch gleichzeitig um ein schöneres Leben kämpfen. Schlußfolgernd aus dieser Einsicht nahmen sie sich vor, öfter und vor allem regelmäßig mit ihren Kollegen über das Betriebsgeschehen und über politische Fragen zu sprechen.

Jetzt führen die Genossen regelmäßig zweimal in der Woche in den Brigaden Aussprachen über Tagesfragen. Mit welchem Interesse die Kollegen an den Aussprachen teilnahmen, zeigt sich in den Fragen, die sie zu politischen Problemen stellen. Als nämlich die Genossen der Parteigruppe mit den Brigademitgliedern über den Brief des Zentralkomitees

sprachen, ihnen den Nachweis erbrachten, wieviel Kilogramm Material durch sorgfältigere Arbeit eingespart werden können und die Kollegen darauf hinwiesen, daß wir durch eine vorbildliche sozialistische Produktion unsere Republik weiter stärken und die DDR immer mehr zum anziehenden Beispiel für die Werktätigen in Westdeutschland machen, kam das Gespräch auch auf die Lösung der Westberlinfrage. Das ist ganz natürlich, weil gerade die Berliner Bevölkerung das Westberlinproblem interessiert. Im Verlauf der letzten Wochen klärten unsere Genossen viele Fragen, die im Zusammenhang mit unserer Forderung gestellt wurden, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln.

In einer Diskussion vertrat ein Kollege die Meinung, Westberlin liege nicht auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Als Argument führte er den Viermächtestatus an, wodurch Berlin territorial ausgeklammert worden wäre. Als der Kollege die Frage, ob er die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, oder wenigstens den Abschnitt dieser Erklärung über Westberlin gelesen habe, verneinte, widerlegten unsere Genossen an Hand der Staatsratsklärung die falschen Ansichten des Kollegen. In der Programmatischen Erklärung wird festgestellt: „Berlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Jedermann kann sich die Karte ansehen und das feststellen. Ganz Berlin gehört rechtens zum Territorium der DDR. Nicht nur das, Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist so seit elf Jahren.“

Diese Tatsache wird durch den Verlauf der Geschichte bewiesen. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus erhielt Groß-Berlin einmal einen Viermächtestatus, weil hier der Sitz des Alliierten Kontrollrates war, der Aufgaben in bezug auf ganz Deutschland zu erfüllen hatte. Nur aus diesem Grunde wurde die Verwaltung Groß-Berlins durch ein besonderes Organ des Kontrollrates angeleitet. Da aber die Westmächte selbst das Potsdamer Abkommen, in dem auch die Aufgaben des Kontrollrat» festgelegt waren,